

736/AE XX.GP

#### ENTSCHLIEßUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde  
betreffend Vorsorgemaßnahmen im Bereich der flächendeckenden Installation von  
Mobilfunksendeanlagen

Einschlägig forschende Wissenschaftler der Universität Wien und Salzburg haben aufgrund  
von Forschungsversäumnissen Bedenken gegen den großzügigen Einsatz der GSM -  
Technologie angemeldet. Die wenigen wissenschaftlichen Daten berechtigen zur Annahme,  
daß strahlungsassoziiert verschiedene unerwünschte Wirkungen eher wahrscheinlich sind.

Die derzeitigen Grenzwerte entsprechen einer Vornorm, haben aber keinerlei gesetzlichen  
Charakter. Sie wurden international aufs neue in Frage gestellt. Sowohl die WHO als auch  
die EU haben sich des Themas angenommen. Soferne neue Technologien kollektive Risiken  
bergen, deren Auswirkungen auf die Gesundheit nicht abgeklärt sind, ist das  
Vorsorgeprinzip und damit politisches Handeln gefragt.

Angesichts der Forschungsversäumnisse sind aufgrund der fahrlässigen Bewilligungspraxis  
der Sendeanlagen spätere Amtshaftungsansprüche an die Republik nicht auszuschließen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesministerin für Frauen - Angelegenheiten und Verbraucherschutz wird  
aufgefordert, Vorsorgemaßnahmen im Bereich der flächendeckenden Installation von  
Mobilfunksendeanlagen unverzüglich in Angriff zu nehmen, und zwar in Form von:

1. Erlassung einer Grenzwerteverordnung im Sinne der Vorsorgemedizin  
(Leistungsflußdichte von  $0,02 \mu\text{W}/\text{cm}^2$ )
2. Gründung eines unabhängigen Forschungsfonds, Dotierung aus Mitteln der  
Lizenzentnahmen des Bundes und der Mobilfunklizenznehmer im Verhältnis 50 : 50
3. international abgestimmte österreichische Forschungstätigkeit mit  
ressortübergreifendem Forschungsschwerpunkt "Gesundheitsvorsorge bei  
elektromagnetischen Feldern" und „Untersuchung biologischer Wirkungen  
elektromagnetischer Strahlungen und Phänomene“ gemäß Forschungspapier der  
Plattform GSM - Initiativen

4. Klärung der Haftungsfrage, nachdem für die Versicherungswirtschaft eine Risikobewertung aufgrund der mangelnden Forschungslage im gesamten Bereich der EMF nicht durchführbar ist.

In formeller Hinsicht wird vorgeschlagen, diesen Antrag zur Vorberatung dem entsprechenden Ausschuß zuzuweisen.